

KURZ NOTIERT

von Nina Wieczorek

■ Durchbruch im Kampf gegen Dengue

Schätzungen der WHO zufolge erkranken jährlich bis zu 100 Mio. Menschen an Dengue-Fieber. Der malaysischen Biotechnologiefirma *EntoGenex* könnte nun der Durchbruch im Kampf gegen das von Moskitos übertragene Virus gelungen sein. Gründer Naquiyuddin Jaafar, Geschäftsmann und Sohn des ehemaligen malaysischen Königs, hat nun einen Wirkstoff vorgestellt, der die Larven auf eine tödliche »Diät« setzt und für den Menschen vollkom-

men ungefährlich ist: »Die Pille hat eine 100 prozentige Erfolgsrate gegen alle Larven binnen 24 Stunden. Da es sich nicht um eine giftige Chemikalie, sondern um ein Protein handelt, das nur Moskitos betrifft, können die Larven keine Resistenzen aufbauen«, so Naquiyuddin. In Kombination mit einer Bakterie stoppe das Protein die Produktion eines Enzyms im Verdauungstrakt der Moskitolarven, die Tiere verhungern. Verbreiten lasse es sich etwa über Hefezellen, einer der Lieblings-

speisen der Moskitolarven. Während die »Pille« in Ghana, Südafrika, Kamerun und Sri Lanka noch getestet wird, ist sie in Malaysia, Pakistan und den Philippinen nach erfolgreichen Feldversuchen bereits registriert. Naquiyuddin selbst hofft auf einen Einsatz des Proteins gegen Malaria, da es eine gesündere und mit einem Bruchteil der Kosten für Neurotoxine auch eine billigere Alternative sei.

Channel News Asia, 6.6.2012;
Yahoo!News Singapore, 6.6.2012

■ Staatenlose in Malaysia Menschen zweiter Klasse

Während die malaysische Regierung sich bisher nicht von den Vorwürfen freisprechen konnte, illegalen Immigranten im Gegenzug für Wählerstimmen eine Staatsbürgerschaft in Aussicht gestellt zu haben, steht das Kabinett von Premier Najib Razak nun auch wegen der schlechten Lebensbedingungen von Staatenlosen in der Kritik. Viele dieser Staatenlosen sind Kinder, die in Waisenhäusern leben und ohne Geburtsurkunde oder andere Ausweispapiere nicht als malaysische Staatsbürger anerkannt werden. Die Konsequenzen: kein Zugang zu Bildung

oder Gesundheitsvorsorge und damit auch keine Aussichten auf anständige Arbeit, politische Partizipation oder soziale Sicherheit, wie Surendren, Vizepräsident der oppositionellen *The People's Justice Party* anprangert: »Wir haben eine Situation erreicht, in der Waisen überall im Land Ausweisdokumente verweigert werden«. Angaben der Opposition zufolge gebe es in Malaysia rund 30.000 staatenlose ethnische Inder, wengleich diese Zahl umstritten ist. »Wir wollen, dass die Regierung umgehend dagegen vorgeht, denn es ist die schlimmste

Art und Weise, mit der man Waisenkinder behandeln kann. Ihr Leben beginnt bereits schwierig, und nun vergrößert die Regierung ihre Probleme noch zusätzlich«, so Surendren. Obwohl Kinderrechtsaktivisten einräumen, dass die Lage der Staatenlosen im Zuge der anstehenden Wahlen politisiert werde, fordern auch sie die zuständigen Behörden angesichts der möglichen sozialen Konsequenzen so vieler Staatenloser zu einer schnellen Lösung des Problems auf.

malaysia-today.net, 26.4.2012;
Channel News Asia, 7.6.2012

■ UN fordert Schutz von Menschenrechtsaktivisten

Angesichts der andauernden Zusammenstöße von Wahlreformaktivisten und Polizei hat sich nun auch die UN eingeschaltet: Drei UN-Sonderbeauftragte haben die malaysische Regierung dazu aufgefordert, die Protestführer der *Coalition for Clean and Fair Elections*, auch bekannt als *Bersih*, besser vor Übergriffen zu schützen. Laut Aussage der Menschenrechtssonderbeauftragten Margaret Sekaggya habe vor allem die von verschie-

denen Gruppen als »Staatsfeindin« deklarierte Vizevorsitzende der Gruppe, Ambiga Sreenevasan, Drohungen gegen ihr Leben erhalten. Nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Protestlern am 28. April 2012 haben die malaysischen Behörden Klage gegen Ambiga und andere Protestführer von *Bersih* eingereicht. »Die Organisatoren von Versammlungen für die gesetzwidrigen Handlungen Anderer haftbar zu

machen, ist nicht mit den Standards zu vereinen, die das Recht auf friedliche Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung regulieren [...]«, so Sekaggya. Während Premier Najib Razak einen Aufklärungsausschuss gebildet hat, der den Vorfall aufklären soll, hat die malaysische Menschenrechtskommission eine eigene Untersuchung eingeleitet.

New York Times/
freemalaysiatoday.com, 8.6.2012